



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 19. Dezember 2016
(OR. en)

15377/16

PV/CONS 66
SOC 786
EMPL 530
SAN 429
CONSOM 312

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3507.** Tagung des RATES DER EUROPÄISCHEN UNION
(**Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit** und Verbraucherschutz)
vom 8. Dezember 2016 in Brüssel

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 4

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

2. Annahme der Liste der A-Punkte 4

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

3. Annahme der Liste der A-Punkte 4

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

4. a) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gründung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates [erste Lesung]
- b) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates [erste Lesung]
- c) Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75 [erste Lesung]..... 7
5. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung] 8
6. Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen [erste Lesung]..... 8
7. Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung 8

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

8. Europäische Säule sozialer Rechte 9
9. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Beschleunigung des Prozesses der Integration der Roma 9

10.	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Frauen und Armut.....	9
11.	Europäisches Semester 2017	10
	a) Jahreswachstumsbericht (AGS), Warnmechanismus-Bericht (WMB), Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts (GBR) und Entwurf der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets	
	b) Beitrag zu den sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten des Entwurfs einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets	
	c) Beteiligung der Sozialpartner am Europäischen Semester auf nationaler Ebene	
12.	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen	10

GESUNDHEIT

13.	Europäisches Semester: Jahreswachstumsbericht 2017 – Teil öffentliche Gesundheit.....	10
14.	Sonstiges.....	11

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

- a) Jugendinitiative
- b) Aufruf an die Kommission, eine Mitteilung zu einer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorzulegen
- c) Sachstand bei folgenden Dossiers:
 - i) Omnibus-Verordnung – EaSI, EGF, FEAD
 - ii) Neue Europäische Agenda für Kompetenzen
- d) Ergebnis der vom slowakischen Vorsitz organisierten Konferenzen
- e) Weltwinterspiele der "Special Olympics" 2017

Gesundheit

- f) Analyse der Auswirkungen von ergänzenden Schutzzertifikaten sowie von Anreizen und Vorteilen im pharmazeutischen Bereich auf Innovation, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln in der EU
- g) Überarbeitung der Verordnung über Kinderarzneimittel
- h) Gesundheitszustand in der EU
- i) Antibiotikaresistenz
- j) Europäische Referenznetzwerke
- k) Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC)
- l) Bericht der Kommission über die Kennzeichnung alkoholischer Getränke – Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel
- m) Wahl des Generaldirektors der WHO
- n) Ergebnis der vom slowakischen Vorsitz organisierten Konferenzen

Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit

- o) Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes

ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll.....	14
---	----

*

* *

1. **Annahme der Tagesordnung**

14983/16 OJ CONS 65 SOC 750 EMPL 503 SAN 415 CONSOM 292

Der Rat nahm die vorgenannte Tagesordnung an.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

2. **Annahme der Liste der A-Punkte**

15032/16 PTS A 100

Der Rat nahm die in Dokument 15032/16 enthaltene Liste der A-Punkte an.

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

3. **Annahme der Liste der A-Punkte**

15031/16 PTS A 99

Der Rat nahm die in Dokument 15031/16 enthaltene Liste der A-Punkte an.

Einzelheiten zu diesen Punkten sind nachstehend aufgeführt.

1. **Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe, zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/81/EG [erste Lesung]**

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 34/16 ENV 474 ENER 272 IND 152 TRANS 278 ENT 130

SAN 289 PARLNAT 200 CODEC 1014

+ REV 1 (lt)

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gegen die Stimmen der dänischen, der litauischen, der ungarischen, der österreichischen, der polnischen und der rumänischen Delegation und bei Stimmenthaltung der kroatischen Delegation angenommen.

(Rechtsgrundlage: Artikel 192 Absatz 1 AEUV)

Erklärung der Kommission zur Überwachung der Methanemissionen

"Die Kommission hält es im Interesse der Luftqualität für erforderlich, die Entwicklung der Methanemissionen in den Mitgliedstaaten zu beobachten, um die Ozonkonzentrationen in der EU zu verringern und die Reduzierung von Methanemissionen weltweit zu fördern.

Die Kommission wird auf der Grundlage der gemeldeten nationalen Emissionen weiter prüfen, wie sich die Methanemissionen auf die Verwirklichung der Ziele gemäß Artikel 1 Absatz 2 der NEC-Richtlinie auswirken, Maßnahmen zur Verringerung dieser Emissionen ins Auge fassen und gegebenenfalls einen entsprechenden Legislativvorschlag unterbreiten. Bei ihrer Bewertung wird die Kommission eine Reihe von derzeit laufenden Studien zu diesem Thema, die 2017 abgeschlossen werden sollen, sowie weitere internationale Entwicklungen in diesem Bereich berücksichtigen."

Erklärung der Kommission

"Die Kommission betont, dass es gegen Geist und Buchstaben der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 (ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13) verstößt, systematisch Artikel 5 Absatz 4 Unterabsatz 2 Buchstabe b in Anspruch zu nehmen. Um diese Bestimmung geltend machen zu können, muss eine spezifische Notwendigkeit gegeben sein, von der Grundsatzregelung abzuweichen, der zufolge die Kommission den im Entwurf vorliegenden Durchführungsrechtsakt erlassen darf, wenn keine Stellungnahme vorliegt. Da Unterabsatz 2 Buchstabe b ein Abweichen von der in Artikel 5 Absatz 4 aufgestellten allgemeinen Regel beschreibt, kann die Anwendung dieser Bestimmung nicht ohne Weiteres in das Ermessen des Gesetzgebers gestellt werden, sondern ist restriktiv auszulegen und daher zu begründen."

Gemeinsame Erklärung Ungarns, Polens und Rumäniens

"Ungarn, Polen und Rumänien unterstützen das Ziel, die Luftqualität zu verbessern und dadurch sowohl die menschliche Gesundheit als auch die Umwelt zu schützen. Gleichwohl möchten wir unsere Bedenken zum Ausdruck bringen, und zwar sowohl hinsichtlich der Methode, die für die Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit den in dieser Richtlinie festgelegten Zielen angewendet wurde, als auch hinsichtlich des Verfahrens zur Herbeiführung der Einigung im Rat und mit dem Europäischen Parlament. Wir beklagen, dass die Aufteilung der Zielanteile zwischen Mitgliedstaaten, die sich in einer vergleichbaren Situation befinden, willkürlich sowie in nicht transparenter und unverhältnismäßiger Weise erfolgt ist. Wir missbilligen, dass die Methode, nach der die jeweiligen Reduktionsziele festgelegt wurden, den Mitgliedstaaten weder zum Zeitpunkt der Beschlussfassung noch danach ausreichend vorgestellt oder erläutert worden ist.

Unserer Ansicht nach hätte die Festlegung der Ziele im Rahmen der Richtlinie in einer Weise erfolgen können, bei der keine Grundprinzipien für die Zusammenarbeit in der EU – nämlich Verhältnismäßigkeit, loyale Zusammenarbeit und Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten – missachtet werden. Unserer Überzeugung ist die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Rat ein entscheidender Baustein während des gesamten Beschlussfassungsprozesses. Von besonderer Wichtigkeit ist, dass die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit insbesondere im Falle länderspezifischer Verpflichtungen nicht so angewendet wird, dass einigen Mitgliedstaaten, die nicht Teil einer qualifizierten Mehrheit sind, ungerechtfertigte und unannehmbare Lasten aufgebürdet werden.

Wir geben abermals zu bedenken, dass mit dieser Art der Verhandlungsführung ein negativer Präzedenzfall für künftige Verhandlungen im Rat geschaffen werden kann. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass alle Verhandlungen völlig transparent verlaufen und zu einem Ergebnis führen sollten, das verhältnismäßig ist und für alle Mitgliedstaaten eine faire Lösung darstellt. In Zukunft sollten Rechtsakte mit länderspezifischen Verpflichtungen nicht ohne ausreichende und rechtzeitige Erläuterungen sowie substanzielle Beratungen mit allen Mitgliedstaaten erlassen werden.

In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen bringen Ungarn, Polen und Rumänien zum Ausdruck, dass sie über den endgültigen Kompromiss zur NEC-Richtlinie hinsichtlich der Emissionsreduktionsziele sehr enttäuscht sind und daher gegen die Annahme der Richtlinie stimmen werden."

Erklärung Kroatiens

"Kroatien begrüßt alle Bemühungen, die unternommen wurden, um einen Kompromiss über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Reduktion der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG zu erzielen, mit dem der Umweltzustand erheblich verbessert und die nachteiligen Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Gesundheit verringert werden sollen.

Infolge der Überarbeitung der Energiebilanz und ihrer ungewissen Auswirkungen auf die Projektionen ist Kroatien gerade dabei, die nationale Analyse abzuschließen. Daher bekundet Kroatien weiterhin Vorbehalte hinsichtlich des Kompromissvorschlags für die NEC-Richtlinie."

2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 952/2013 zur Festlegung des Zollkodex der Union in Bezug auf Waren, die das Zollgebiet der Union vorübergehend auf dem See- oder Luftweg verlassen haben [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 50/16 UD 232 ENFOCUSTOM 184 MI 702 COMER 119
TRANS 420 CODEC 1629

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 207 AEUV)

3. Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV) (Neufassung) [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 35/16 EF 230 ECOFIN 701 SURE 24 SOC 459 CODEC 1046

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmenthaltung der britischen Delegation angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 53, Artikel 62 und Artikel 114 Absatz 1 AEUV)

4. Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine weitere Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 45/16 ECOFIN 979 UEM 350 RELEX 904 MED 55
CODEC 1559

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 212 AEUV)

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission

"Angesichts der finanziellen Herausforderungen und der außergewöhnlichen Umstände, mit denen Jordanien durch die Aufnahme von über 1,3 Millionen Syrern zu kämpfen hat, wird die Kommission 2017 gegebenenfalls einen neuen Vorschlag zur Ausweitung und Erhöhung der Makrofinanzhilfe (MFA) für Jordanien nach dem erfolgreichen Abschluss des zweiten MFA machen, vorausgesetzt, die üblichen Voraussetzungen für diese Art von Unterstützung, einschließlich einer aktualisierten Bewertung des externen Finanzierungsbedarfs Jordaniens durch die Kommission, werden erfüllt. Diese für Jordanien sehr wichtige Unterstützung würde dem Land helfen, die makroökonomische Stabilität sowie die Entwicklungserfolge aufrechtzuerhalten und die Reformagenda des Landes fortzusetzen."

5. **Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1268/2014 über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte im Hinblick auf das Datum ihrer Anwendung [erste Lesung]**

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 51/16 EF 338 ECOFIN 1031 CODEC 1639

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 114 AEUV)

BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALPOLITIK

4. a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gründung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1365/75 des Rates [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0256 (COD)

b) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2062/94 des Rates [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0254 (COD)

c) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Errichtung eines Europäischen Zentrums für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 337/75 [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0257 (COD)

= Allgemeine Ausrichtung

15024/16 SOC 756 EMPL 506 EDUC 410 CODEC 1771

+ ADD 1–ADD 3

11530/16 SOC 477 EMPL 311 CODEC 1111

11531/16 SOC 478 EMPL 312 CODEC 1112

11532/16 SOC 479 EMPL 313 EDUC 260 CODEC 1113

Der Rat legte eine allgemeine Ausrichtung zu dem in Dokument 15024/16 + ADD 1 bis ADD 3 enthaltenen Text fest. Die endgültigen Fassungen sind in den Dokumenten 15221/16, 15223/16 und 15224/16 wiedergegeben.

5. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2016/0070 (COD)

= Sachstandsbericht

14368/16 SOC 705 EMPL 484 MI 710 COMPET 582 CODEC 1647
JUSTCIV 296

6987/16 SOC 144 EMPL 97 MI 142 COMPET 118 CODEC 279

Der Rat nahm den in Dokument 14368/16 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

6. **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen [erste Lesung]**

Interinstitutionelles Dossier: 2015/0278 (COD)

= Sachstandsbericht

14463/16 SOC 711 MI 718 ANTIDISCRIM 70 AUDIO 124 CODEC 1666
14799/15 SOC 700 MI 770 ANTIDISCRIM 15 AUDIO 34 CODEC 1774

+ COR 1

+ COR 2

+ REV 1 (lt)

Der Rat nahm den in Dokument 14463/16 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

7. **Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung**

Interinstitutionelles Dossier: 2008/0140 (CNS)

= Sachstandsbericht

14284/16 SOC 687 ANTIDISCRIM 66 JAI 929 MI 701 FREMP 182
11531/08 SOC 411 JAI 368 MI 246

Der Rat nahm den in Dokument 14284/16 enthaltenen Sachstandsbericht zur Kenntnis.

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates für die Punkte 8 bis 13)

8. Europäische Säule sozialer Rechte

= Orientierungsaussprache

14475/16 SOC 712 EMPL 486 ECOFIN 1052

Der Rat führte eine Orientierungsaussprache über die zentralen Botschaften, die sich aus der noch laufenden öffentlichen Konsultation zur europäischen Säule sozialer Rechte ergeben, sowie über politische Leitlinien für Folgemaßnahmen. Ausgangspunkt für die Aussprache war ein Orientierungsvermerk des Vorsitzes mit einer Reihe von Fragen. Der Rat erwartet mit Interesse die anstehenden Vorschläge der Kommission, deren Vorlage für März 2017 angekündigt wurde.

9. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Beschleunigung des Prozesses der Integration der Roma

= Annahme

14294/16 SOC 688 EMPL 471 ANTIDISCRIM 67 GENDER 41 JAI 934
EDUC 364 JEUN 97 FREMP 183 COHOM 141

Der Rat nahm die in Dokument 15406/16 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

10. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Frauen und Armut

= Annahme

14701/16 SOC 732 GENDER 44 ANTIDISCRIM 74 MIGR 200 CONUN 205
DEVGEN 255

Der Rat nahm die in Dokument 15409/16 enthaltenen Schlussfolgerungen an. Polen gab eine Erklärung für das Ratsprotokoll ab (siehe Anlage).

11. Europäisches Semester 2017

= Gedankenaustausch

14363/16 SOC 701 EMPL 480 ECOFIN 1035 EDUC 373

- a) **Jahreswachstumsbericht (AGS), Warnmechanismus-Bericht (WMB), Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts (GBR) und Entwurf der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets**

= Vorstellung durch die Kommission

14357/16 ECOFIN 1032 UEM 361 SOC 698 EMPL 478 COMPET 580
ENV 708 EDUC 371 RECH 311 ENER 382 JAI 937

14359/16 UEM 363 ECOFIN 1034 SOC 700

14364/16 SOC 702 EMPL 481 ECOFIN 1036 EDUC 374

- b) **Beitrag zu den sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten des Entwurfs einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets**

= Billigung

15070/16 SOC 763 EMPL 512 ECOFIN 1143 EDUC 411

14358/16 ECOFIN 1033 UEM 362 SOC 699 EMPL 479 COMPET 581
ENV 709 EDUC 372 RECH 312 ENER 383 JAI 938

- c) **Beteiligung der Sozialpartner am Europäischen Semester auf nationaler Ebene**

= Vorstellung durch den Vorsitz des Beschäftigungsausschusses

14367/16 SOC 704 EMPL 483 ECOFIN 1038 EDUC 376

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über das Herbst-Wirtschaftspaket auf der Grundlage der Vorstellung durch die Kommission und den Vorsitz des Beschäftigungsausschusses und orientierte sich dabei an einem Vermerk des Vorsitzes. Er billigte den Beitrag zu den sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten des Entwurfs einer Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets.

12. Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen

= Annahme

15015/16 SOC 755 EMPL 505 ECOFIN 1136 EDUC 409 JEUN 104
+ REV 1 (lv)

Der Rat nahm die in Dokument 15410/16 enthaltenen Schlussfolgerungen an.

GESUNDHEIT

13. Europäisches Semester: Jahreswachstumsbericht 2017 – Teil öffentliche Gesundheit

= Gedankenaustausch

14853/16 SAN 404 SOC 743

Der Rat führte einen Gedankenaustausch über den Jahreswachstumsbericht 2017 auf der Grundlage des Dokuments 14853/16, in dem die die Gesundheit betreffenden Aspekte des Europäischen Semesters hervorgehoben wurden.

14. Sonstiges

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

a) **Jugendinitiative**

= Vorstellung durch die Kommission
15278/16 EMPL 524 SOC 778 EDUC 417 JEUN 105

Der Rat nahm Kenntnis von der Vorstellung durch die Kommission.

b) **Aufruf an die Kommission, eine Mitteilung zu einer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter vorzulegen**

= Informationen der deutschen und der schwedischen Delegation
14683/16 SOC 730 GENDER 43 ANTIDISCRIM 73

Der Rat nahm die Informationen der deutschen und der schwedischen Delegation zur Kenntnis.

c) **Sachstand bei folgenden Dossiers:**

i) **Omnibus-Verordnung – EaSI, EGF, FEAD**

ii) **Neue Europäische Agenda für Kompetenzen**

= Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

d) **Ergebnis der vom slowakischen Vorsitz organisierten Konferenzen**

= Informationen des Vorsitzes
14398/16 SOC 706 EMPL 485

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

e) **Weltwinterspiele der «Special Olympics» 2017**

= Informationen der österreichischen Delegation
14456/16 SOC 710 SPORT 81

Der Rat nahm die Informationen der österreichischen Delegation zur Kenntnis.

Gesundheit

f) **Analyse der Auswirkungen von ergänzenden Schutzzertifikaten sowie von Anreizen und Vorteilen im pharmazeutischen Bereich auf Innovation, Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Arzneimitteln in der EU**

= Informationen der Kommission
14568/16 PHARM 65 SAN 390 PI 136 COMPET 601 PHYTOSAN 37
PESTICIDE 3

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission und von den Bemerkungen der niederländischen Delegation, unterstützt von der portugiesischen, der österreichischen, der belgischen, der griechischen, der slowenischen, der irischen, der luxemburgischen und der spanischen Delegation.

- g) **Überarbeitung der Verordnung über Kinderarzneimittel**
= Informationen der luxemburgischen Delegation
14467/1/16 SAN 387 PHARM 64 COMPET 630 MI 766 REV 1

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen und Bemerkungen der luxemburgischen Delegation, unterstützt von der niederländischen, der griechischen, der belgischen, der slowenischen, der italienischen, der schwedischen, der irischen, der französischen und der litauischen Delegation.

- h) **Gesundheitszustand in der EU**
= Informationen der Kommission
14570/16 SAN 391

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

- i) **Antibiotikaresistenz**
= Informationen der Kommission
14571/16 SAN 392 AGRI 621 VETER 126

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission und von den Bemerkungen der dänischen, der britischen, der schwedischen, der italienischen und der niederländischen Delegation.

- j) **Europäische Referenznetzwerke**
= Informationen der Kommission
14572/16 SAN 393

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

- k) **Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (FCTC)**
= Informationen des Vorsitzes und der Kommission
14740/2/16 SAN 400 FISC 201 UD 248 REV 2

Der Rat nahm die Informationen des Vorsitzes zur Kenntnis.

- l) **Bericht der Kommission über die Kennzeichnung alkoholischer Getränke – Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung (EU) Nr. 1169/2011 betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel**
= Informationen der Kommission (auf Antrag der irischen Delegation)
15001/1/16 DENLEG 87 AGRI 644 SAN 417 REV 1

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen der Kommission und von den Bemerkungen der irischen Delegation, unterstützt von der estnischen, der litauischen, der luxemburgischen, der schwedischen, der finnischen, der slowenischen und der italienischen Delegation.

- m) **Wahl des Generaldirektors der WHO**
= Informationen der ungarischen Delegation
15257/16 SAN 423

Der Rat nahm die Informationen der ungarischen, der britischen, der italienischen und der französischen Delegation zur Kenntnis.

- n) **Ergebnis der vom slowakischen Vorsitz organisierten Konferenzen**
= Informationen des Vorsitzes

Der Rat nahm die mündlichen Informationen des slowakischen Vorsitzes zur Kenntnis.

o
o o

Beschäftigung, Sozialpolitik und Gesundheit

- o) **Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes**
= Informationen der maltesischen Delegation

Der Rat nahm die Informationen der maltesischen Delegation zur Kenntnis.

ERKLÄRUNGEN FÜR DAS RATSPROTOKOLL

**Zu B-Punkt 10: Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu Frauen und Armut
= Annahme**

ERKLÄRUNG POLENS

"Zu den Nummern 18, 19 und 31 und zu Anhang I:

Im Hinblick auf mögliche künftige Arbeiten des Rates in Bezug auf Problembereiche der Aktionsplattform von Beijing bekräftigt Polen sein Recht, die Entwicklung von Indikatoren abzulehnen, aus denen in irgendeiner Weise eine Verpflichtung oder zusätzliche Verwaltungs- und Finanzlasten erwachsen könnten.

Daher möchte Polen die geringe Zuverlässigkeit der vorgeschlagenen Indikatoren betonen, die sich aus dem geringen Ausmaß des Phänomens, der kleinen Zahl von Migranten in der Stichprobe und der für die Erforschung verwendeten Methode (auf der Grundlage der EU-SILC und der Arbeitskräfteerhebung) ergeben."